Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 143 (1977)

Heft: 5

Artikel: Landesverteidigung und die Sanierung der Bundesfinanzen

Autor: Augsburger, Ueli

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-50936

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Landesverteidigung und die Sanierung der Bundesfinanzen

Dr. Ueli Augsburger

Die Abstimmung über das Finanzpaket steht vor der Tür. Die SOG beschloß, keine Parole herauszugeben. Aber jeder Offizier sollte wissen, worum es geht und welche Konsequenzen der negative oder positive Ausgang der Abstimmung auf die Wehrausgaben hat.

ewe

Zunehmende Verschuldung

Bis zu Beginn der siebziger Jahre verzeichnete die Bundeskasse am Ende des Haushaltsjahres stets einen Überschuß. Im letzten Überschußjahr, 1970, waren es noch rund 210 Millionen Franken. Seit dieser Zeit wuchsen die Haushaltsdefizite Jahr für Jahr an. Die zunehmende Verschuldung mußte früher oder später zu einer eingehenden **Überprüfung der Einnahmen-und-Ausgaben-Politik des Bundes** führen. Aus finanzpolitischen Gründen sah sich der Bundesrat genötigt, in diesem Sinne drastische Maßnahmen einzuleiten. Mit entsprechenden Maßnahmen sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben soll der Bundeshaushalt bis 1979 wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Das Steuerpaket

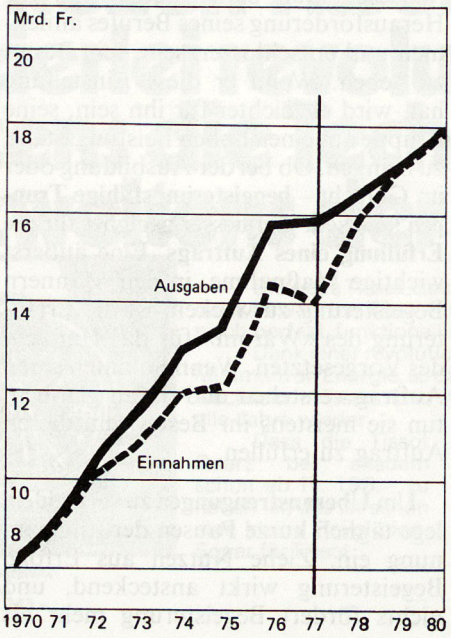
Mit dem Steuerpaket, das dem Souverän am 12. Juni 1977 zur **Abstimmung** vorgelegt wird, geht es um zwei Dinge. Auf der einen Seite um die Einführung der sogenannten Mehrwertsteuer und auf der andern Seite um gewisse Entlastungen von juristischen und natürlichen Personen bei der Wehrsteuer.

Die **Mehrwertsteuer** soll die heutige Warenumsatzsteuer ersetzen. Die Mehrwertsteuer soll als Umsatzsteuer nach einem Mehrphasensystem ausgestaltet werden. Der Bund erhofft sich für das Jahr 1978 bereits Mehreinnahmen in der Größenordnung von 2,9 Milliarden Franken.

Was die **Änderung bei der Wehrsteuer** anbetrifft, geht es darum, daß untere Einkommen von der Steuer befreit und mittlere Einkommenskategorien spürbar entlastet werden sollen. Hinzu kommt, daß ebenfalls Erleichterungen für renditeschwache Unternehmungen vorgesehen sind. Hingegen soll der Höchstsatz für natürliche und juristische Personen etwas heraufgesetzt werden. Aus diesen Maßnahmen ergibt sich per Saldo eine Einnahmeneinbuße bei der Wehrsteuer für die Jahre 1978 und 1979 von je etwa 400 bis 450 Millionen Franken.

Bei Annahme der Vorlage würde somit dem Bund bereits für das Jahr 1978 ein Nettomehrertrag von etwa 2,4 Milliarden zufließen. Sollte die Finanzvorlage aber verworfen werden, würde das Bundesdefizit entsprechend dem heutigen Finanzplan 1978 rund 3 Milliarden Franken betragen.

Bild 1. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes, 1970 bis 1980.



Damit das vom Bundesrat gesteckte Ziel erreicht werden kann, sind notwendigerweise ebenfalls ausgabenseitig entsprechende Maßnahmen – sprich **Kürzungen** – unumgänglich. Neben den bereits erfolgten massiven Abstrichen beim Voranschlag 1977 mußten ebenfalls entsprechende Reduktionen im Finanzplan für die Jahre 1978 und 1979 vorgenommen werden.

Insgesamt sieht der überarbeitete Finanzplan gegenüber der letzten veröffentlichten Fassung vom vergangenen Jahr eine **Ausgabenverminderung** von rund 1,7 Milliarden Franken für 1978 und rund 2,5 Milliarden Franken für 1979 vor. Dabei entfallen rund 500 Millionen Franken im Jahre 1978 und rund 600 Millionen Franken für das Jahr 1979 auf Maßnahmen, die mit Änderungen von Erlassen der Gesetzesstufe verbunden sind. Ohne förmliche Gesetzesänderung, das heißt durch Maßnahmen im Kompetenzbereich des Bundesrates durch Erstreckungen, verschärfte Selektionen und Neuberechnungen wegen veränderter Wirtschaftslage, wurden demnach Einsparungen von rund 1,2 Milliarden Franken für 1978 und 1,9 Milliarden Franken für 1979 vorgenommen.

Wenn solche enorme Beträge gekürzt werden müssen, stellt sich zwangsläufig die **Frage der Prioritäten.** Dem Gesamtwohl der Bevölkerung ist in der Regel wenig damit gedient, wenn zum Beispiel bei sämtlichen Aufgaben lineare Kürzungen vorgenommen werden. Für jede Aufgabe wären noch gewisse finanzielle Mittel vorhanden, indessen bestünde die Gefahr, daß diese bei weitem nicht ausreichen, sie noch sinnvoll wahrnehmen zu können. In einem solchen Fall ist es besser, die Aufgabe zu streichen und die dadurch frei werdenden finanziellen Mittel andern Aufgaben mit höherer Priorität zuzuführen.

Das Setzen von Prioritäten bei Staatsaufgaben indessen ist eine Aufgabe, die den Politikern nicht leicht fallen dürfte. Ein probates Mittel für sie, aus dem Dilemma herauszukommen, sind **Mittelkürzungen bei sämtlichen Aufgaben.** Es darf deshalb nicht verwundern, wenn auch die Ausgaben für die militärische Landesverteidigung im Rahmen der Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt gekürzt wurden. Gegenüber dem Finanzplan, Ausgabe 1976, sind Kürzungen im Ausmaße für 1978 von rund 260 Millionen Franken und für das Jahr 1979 von rund 215 Millionen Franken vorgenommen worden.

Überschätzte Wehrausgaben

Im Sommer 1976 hat die **Universität Bern** eine repräsentative Umfrage durchgeführt, um unter anderem festzustellen, wo, innerhalb welcher Staatstätigkeiten, die **Bevölkerung am ehesten den Sparhebel ansetzen würde.** Mit Abstand wurde der Bereich der militärischen Landesverteidigung an die Spitze gesetzt.

Die Auswertung hat indessen gezeigt, daß die Sparvorschläge in einem gewissen Zusammenhang mit dem angenommenen Ausgabenbetrag stehen. Dies festzustellen war deshalb möglich, weil die Befragten zusätzlich die ihnen vorgelegten Kärtchen mit Pro-Kopf-Beträgen für verschiedene Ausgaben, unter anderem für die militärische Landesverteidigung, rangieren mußten. Dabei zeigte sich eindeutig, daß der Pro-Kopf-Betrag, der in Wirklichkeit hierfür ausgegeben wird, stark überschätzt wurde.

Diesem Umstand mißt man vielenorts keine Bedeutung zu. So konnte man zum Beispiel in der «Tagwacht» vom 7. März 1977 unter dem Titel **«Auch beim Militär soll gespart werden»** lesen: «Schließlich ist die SP-Fraktion der Meinung, daß auch die Militärausgaben in dieser Sparperiode ohne Wachstum auskommen sollten. Sie befindet sich dabei in bester Gesellschaft; bei einer repräsentativen Umfrage sprach sich die Mehrheit der Schweizer für Einsparungen im Bereich des EMD aus.»

Gestützt auf das «Statistische Jahrbuch der Schweiz 1975» erreicht der **Pro-Kopf-Betrag** für fünf Bereiche folgende Werte:

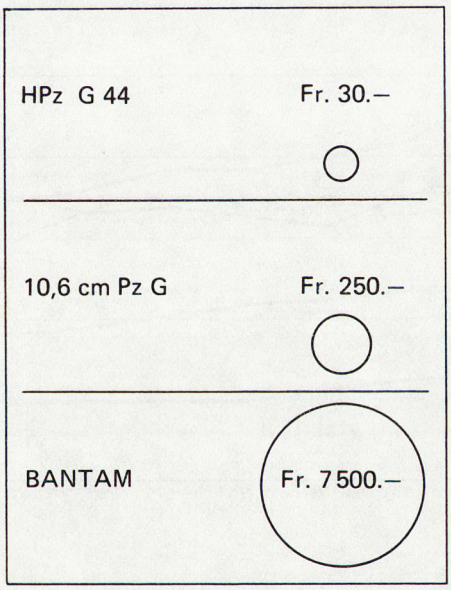
Unterricht und Forschung	Fr. 1142.–
Militärische Landesverteidigung	Fr. 445.–
Gesundheitswesen	Fr. 443.–
Landwirtschaft	Fr. 233.–
Umweltschutz	Fr. 220.–

Vielfach wird auch der **Anteil der Militärausgaben, gemessen an den Gesamtausgaben des Bundes, unrealistisch eingeschätzt.** Im Jahre 1965 betrug er 31%; mit größter Wahrscheinlichkeit wird er in diesem Jahre die 19-%-Schwelle nicht überschreiten. Das durchschnittliche Ausgabenwachstum zwischen 1965 und 1976 betrug dabei etwas mehr als 6%. Ein Vergleich mit dem Wachstum des Preisniveaus vom Bruttosozialprodukt zeigt, daß sich die Militärausgaben ungefähr im Gleichschritt mit dieser Erhöhung entwickelt haben.

Dies bedeutet, daß mit den finanziellen Mitteln von 1976 ungefähr gleich viele Güter und Dienstleistungen eingekauft werden konnten wie mit den Finanzen, die 1965 zur Verfügung standen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die technische Komplexität der Waffensysteme stetig zunimmt, was sich finanziell in der sogenannten **Technizitätsteuerung** ablesen läßt (vergleiche Bild 2).

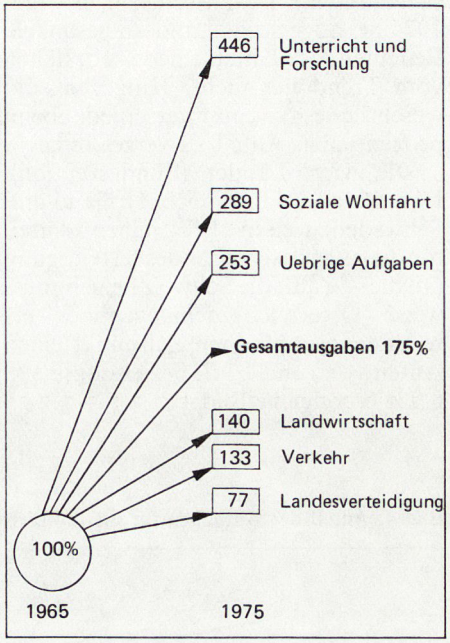
Als Technizitätsteuerung bezeichnet man die Preissteigerung eines Waffensystems, bedingt durch die Anwendung verbesserter Technologien. Im Durchschnitt muß mit einer technizitätsbedingten Teuerung im Jahr von rund 3% gerechnet werden. Das Nullwachstum der Militärausgaben verhinderte somit, auch nur in einem bescheidenen Ausmaße diese technische Teuerung zu berücksichtigen.

Bild 2. Vervielfachung der Beschaffungskosten.



Dies ist ein Hinweis darauf, daß sich die Prioritäten auf Bundesebene verschoben haben. Nicht nur in den letzten Jahren, da das Bundesdefizit angewachsen ist, **blieb ein reales Wachstum bei den Militärausgaben aus,** sondern bereits in Zeiten, als der Bund noch keine Defizite auswies. In den Jahren 1965 bis 1975 verzeichneten die **nominellen Bundesausgaben für die militärische Landesverteidigung** eine Zunahme von 77%, jene für soziale Wohlfahrt 289% und jene für Unterricht und Forschung gar 446%; dies bei einer Zunahme der Gesamtausgaben von 175% (vergleiche Bild 3).

Bild 3. Entwicklung der Ausgaben des Bundes nach Aufgabengebieten.



Gegenüber dem Ausland unterdurchschnittlich

Vergleiche von Ausgaben für die militärische Landesverteidigung mit dem Ausland sind nicht unproblematisch. Selbst wenn es gelingt, die Haushaltspositionen im Budget oder im Rechnungsabschluß nach ähnlichen Kriterien zu ordnen, so besitzen wir erst die in Landeswährung ausgedrückten Zahlen. Eine direkte Vergleichbarkeit verlangt nach einer einheitlichen Basiswährung, wie etwa dem Schweizer Franken oder dem US-Dollar. Dabei ergeben sich zusätzliche Probleme, wie zum Beispiel Kaufkraftunterschiede und inflationäre Entwicklung, die bei einer Vergleichsanalyse berücksichtigt werden müssen.

Selbst wenn diese Probleme im finanziellen Bereich aus der Welt geschafft werden könnten, gäben die Vergleiche noch **keinen endgültigen Aufschluß über die Stärke einer Armee und ihre Kriegstüchtigkeit.** Die Größe der Armee, die im Kriegsfalle zur Verfügung steht, wie sie ausgerüstet, ausgebildet und ihre Moral ist. Diese und viele andere Faktoren sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung.

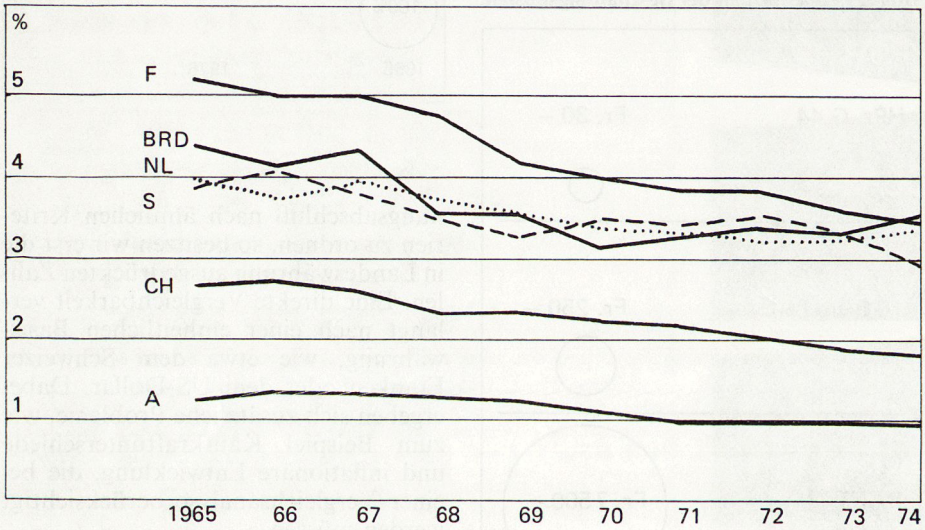
Wenn wir in der Folge trotzdem **einige internationale Vergleiche** anstellen, dann deshalb, weil sie trotz allem Wenn und Aber zumindest zeigen, in welchem Umfang ein Land bereit ist, finanzielle Mittel für die militärische Landesverteidigung aufzuwenden.

Für diesen Vergleich seien die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Holland, Schweden und Österreich verwendet. Diese Länder eignen sich deshalb besonders gut, weil sie nicht nur westeuropäische Länder sind und damit die potentielle Bedrohung für alle mehr oder weniger gleich ist, sondern ebenfalls weil der Lebensstandard zwischen ihnen nicht ein allzu großes Gefälle aufweist.

Der **Anteil der Ausgaben für die militärische Landesverteidigung am Bruttosozialprodukt** ist zwischen 1965 und 1974 bei allen sechs Ländern **gesunken.** Bedeutende Unterschiede bestehen vom Trend her nicht. Hingegen sind wesentliche Niveauunterschiede beim prozentualen Anteil zu verzeichnen.

Die vier Länder Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Holland und Schweden weisen 1974 einen Anteil für die militärische Landesverteidigung um die 4% auf, die Schweiz beziehungsweise Österreich demgegenüber erreichten zum gleichen Zeitpunkt einen Anteil von rund 1,9% beziehungsweise 0,9% (vergleiche Bild 4).

Bild 4. Anteil der Ausgaben für die militärische Landesverteidigung am Bruttosozialprodukt.



Der **Pro-Kopf-Betrag** erreichte **für die militärische Landesverteidigung** in den sechs Staaten (bei einem Wechselkurs für den Dollar von 3,56) 1974 folgende Werte:

Bundesrepublik Deutschland	Fr. 716.–
Schweden	Fr. 701.–
Frankreich	Fr. 644.–
Holland	Fr. 555.–
Schweiz	Fr. 445.–
Österreich	Fr. 125.–

Wiederum liegt die **Schweiz vor Österreich an zweitletzter Stelle.** Interessanterweise haben auch hier die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Schweden und Holland ähnliche Pro-Kopf-Beträge. Dies dürfte ein Hinweis darauf sein, daß die vier aus der potentiellen Bedrohung heraus zumindest ähnliche Konsequenzen gezogen haben. Dabei gilt es zu bedenken, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande NATO-Mitglieder sind und von ihrem Verbündeten, den USA, zusätzliche Unterstützung erhalten.

Einbrüche bei der Kriegsbereitschaft vermeiden

Inwiefern sind unsere Ausgaben für die militärische Landesverteidigung angesichts der Milliardendefizite des Bundes in der heutigen und in der geplanten Höhe noch tragbar?

Die **Wehrausgaben dienen zur Wahrung unserer Unabhängigkeit und zur Erhaltung des Friedens.** Unsere Strategie zur Erreichung dieser Ziele beruht auf der Dissuasion. Darunter verstehen wir ein strategisches Verhalten, das darauf abzielt, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einen potentiellen Gegner vom Angriff gegen unser Land, sein Territorium, seine Bevölkerung, seine Unabhängigkeit abzuhalten – auch wenn im Arsenal dieser Mittel die strategische Abschreckung, die glaubwürdige Vergeltungsdrohung mit weitreichenden Nuklearwaffen, fehlt. Der Aufwand an Kriegsmitteln, Soldaten und Zeit und damit der Preis, den der potentielle Aggressor zu zahlen hätte, muß möglichst hoch angesetzt werden. Die vorbeugende dissuasive Wirkung geht zur Hauptsache von einer adäquaten Vorbereitung der militärischen Verteidigung aus. Da der Kleinstaat ohne Nuklearwaffen keine prohibitiv wirkende Abschreckung erzielen kann, muß es darum gehen, die Vor- und Nachteile in der Rentabilitätsrechnung eines potentiellen Angreifers in relativem Maße zu beeinflussen. Kann nun diese Rechnung durch unsere Verteidigungsvorbereitungen ausschlaggebend beeinflußt werden, so sind unsere Aufwendungen, die zur Erhaltung unserer Unabhängigkeit verwendet werden, gerechtfertigt. Wir wenden Geld auf, um später in einem Ernstfall nicht mit Blut zahlen zu müssen.

Wie werden nun diese Aufwendungen bestimmt? Offensichtlich besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den militärischen Möglichkeiten eines potentiellen Angreifers und unsern Abwehrbemühungen. **Ein potentieller Feind bestimmt also die Höhe unserer Wehrausgaben.** Die internationalen Vergleiche zeigen deutlich, daß unsere Wehrausgaben offensichtlich nicht über ein minimales Maß hinausreichen, damit die soeben erwähnte dissuasive Wirkung noch gewährleistet wird.

Trotz internationalen Entspannungsbemühungen leben wir in einer Zeit, in der sich die Aufrüstung in Ost und West ständig beschleunigt. So zeigen sich in den Budgets verschiedener Staaten erhebliche Zunahmen in den Wehraufwendungen für das Jahr 1977 gegenüber dem Jahre 1976, zum Beispiel Schweden mit einem Zuwachs von 11,3%, Österreich mit einem solchen von 14,3%, und dies bei einem Gesamtbudgetzuwachs von nur 7%, und auch Frankreich steigert seine Wehrausgaben gar um 16,8%. Dies im Vergleich zur Schweiz, wo die Ausgaben auf Grund der Budgetkürzungen einen Rückgang gegenüber 1976 von 1,9% aufweisen.

Aus finanz- wie staatspolitischen Gründen ist vorauszusehen, daß **bei einer Ablehnung des Steuerpaketes** durch das Volk weitere zusätzliche Maßnahmen zur Verringerung des prognostizierten 3-Milliarden-Defizites eingeleitet werden müßten. Dabei wäre es, entsprechend der politischen Konstellation, unrealistisch, annehmen zu wollen, die Militärausgaben werden in einer solchen Situation nicht weiter reduziert, obwohl nach all den bereits hingenommenen Kürzungen die Kriegsbereitschaft schwerwiegendst in Mitleidenschaft gezogen wurde. Diese Gefahr kann nur abgewendet werden, wenn das Steuerpaket am 12. Juni 1977 angenommen wird. ■

Wir zitieren: Über Krieg und Frieden

Wer einen kommenden Krieg für sicher hält, wirkt gerade durch die Gewißheit mit, daß er entsteht.
Wer den Frieden für sicher hält, wird unbesorgt und treibt ohne Absicht in den Krieg.
Nur wer die Gefahr sieht und keinen Augenblick vergißt, kann sich vernünftig verhalten und tun, was möglich ist, um diese Gefahr zu beschwören.

Karl Jaspers